

Neues aus Niedersachsen

Newsletter aus Hannover für die Region



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Wahl des neuen Ministerpräsidenten beginnt für Niedersachsen ein neues Kapitel. Die ersten Tage im Amt zeigen: Die politischen Weichen werden neu gestellt – und wir als CDU-Fraktion werden diesen Prozess mit wachem Blick und klaren Forderungen begleiten.

Vor allem beim Thema Infrastruktur kommt es jetzt darauf an, Tempo zu machen. Ob Schiene, Straße oder digitales Netz – in vielen Regionen unseres Landes warten Bürgerinnen und Bürger seit Jahren auf Verbesserungen. Hier darf es kein Weiter-so geben. Unsere Fraktion hat daher klare Forderungen vorgelegt, die konkrete Projekte benennt und eine schnelle Umsetzung einfordert. Auch wirtschaftspolitisch stehen wichtige Entscheidungen an. Die wirtschaftliche Lage bleibt herausfordernd – gerade für den Mittelstand. Wir setzen uns deshalb für bessere Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und eine echte Entlastungsoffensive ein.

Ich persönlich bin überzeugt, dass Niedersachsen jetzt Gestaltungswillen braucht – und keine Politik des Zögerns. Deshalb habe ich meine Gedanken zur Zukunftsfähigkeit unserer Infrastruktur in einem Standpunkt zusammengefasst, den Sie in dieser Ausgabe finden. Ich freue mich auf Ihre Rückmeldungen – schreiben Sie mir gerne per E-Mail.

Und auch im Landtag war der Mai ereignisreich: Unser Plenum bot Raum für wichtige Debatten – unter anderem zur Krankenhausfinanzierung und zum Düngerecht. Einen Überblick dazu finden Sie wie immer auf den folgenden Seiten.

Herzliche Grüße und viel Spaß beim Lesen!



Mohrmann: Düngerecht 2.0: Niedersachsens Landwirte haben geliefert – jetzt muss das Verursacher- prinzip kommen

Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marco Mohrmann, dankt den niedersächsischen Landwirtschaftsfamilien ausdrücklich, denn sie haben beim Gewässerschutz geliefert. „Der aktuelle Nährstoffbericht zeigt deutlich: Inzwischen werden 35.000 Tonnen weniger Stickstoff gedüngt als gesetzlich zulässig – es müssen starke Signale der Landesregierung zur Entlastung der Landwirte kommen“, so Mohrmann.

Deutliche Kritik äußert er an Umweltministerin Miriam Staudte: „Der angebliche Bedarf im Bericht ist in Wahrheit die gesetzlich gedeckelte Düngemenge durch die ausgeweiteten roten Gebieten – nicht der tatsächliche Pflanzenbedarf. Die Folge ist eine staatlich verordnete Mangelernährung der Pflanzen.“

Auch die Entwicklung der Nitratwerte im Grundwasser spreche für die Landwirtschaft. „Seit zehn Jahren sinken die Werte um etwa ein Milligramm pro Jahr – das gehört endlich anerkannt“, so Mohrmann.

Mit dem flächendeckenden Einsatz der ENNI-Daten sieht Mohrmann nun die Grundlage für ein praxisgerechteres Düngerecht gegeben: „Das Verursacherprinzip muss jetzt kommen. Wasserschonend wirtschaftende Betriebe müssen von pauschalen Auflagen befreit werden – wie es der Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorsieht.“



Er fordert von der Landesregierung konkrete Schritte: ein dichteres Messnetz, eine pragmatische Regelung zur Düngung auf angefrorenen Böden und auf Grünland. Und überhaupt endlich mal ein klares Wort des Dankes an die Landwirtschaft. „Unsere Landwirtschaftsfamilien haben geliefert – jetzt ist die auch die Landesregierung am Zug“, so Mohrmann.

„Verlässlichkeit statt Unsicherheit – Infrastruktur darf nicht am Koalitionschaos scheitern“

Die rot-grüne Landesregierung zeigt aus meiner Sicht gravierende Schwächen bei der Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte. In der aktuellen Landtagsdebatte habe ich deutlich gemacht, dass das anhaltende Koalitionschaos und die fehlende Verlässlichkeit beim Ausbau von Verkehrswegen wie der A39, A20 und A33 nicht länger hinnehmbar sind.

Mir geht es dabei nicht um parteipolitische Profilierung, sondern um etwas Grundsätzliches: „Es geht um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politisches Handeln.“ Und genau dieses Vertrauen wird derzeit massiv beschädigt – durch widersprüchliche Aussagen und ein sichtbares Führungsdefizit innerhalb der Regierungskoalition.

Besonders deutlich wird das beim Beispiel der A39: Während der frühere SPD-Verkehrsminister Olaf Lies den Weiterbau öffentlich unterstützt hat, erklärt die grüne Fraktionsvorsitzende Anne Kura, Autobahnen passten nicht mehr in die Zeit. Der Grünen-Verkehrspolitiker Stephan Christ bezeichnet den Ausbau als „verkehrspolitisch verfehlt“, während sein SPD-Kollege Christoph Bratmann ihn als „wichtigen Schritt“ lobt. Diese Widersprüche sprechen für sich.

„Was für Millionen Menschen zur Lebensrealität gehört – mit dem Auto zur Arbeit oder zum Kunden – wird von den Grünen zum ideologischen Feindbild erklärt.“ Das ist vor allem in einem Flächenland wie Niedersachsen vollkommen realitätsfern.



Wir als CDU-Fraktion haben deshalb einen Antrag eingebracht, der auf mehr Planungssicherheit, klare Zuständigkeiten und eine beschleunigte Umsetzung laufender Projekte abzielt. Statt bei jedem Vorhaben neu zu verhandeln, brauchen wir eine ressortübergreifende Linie. „Infrastruktur muss als Versprechen für gleichwertige Lebensverhältnisse verstanden werden – nicht als politische Zumutung.“

Ich warne ausdrücklich vor den wirtschaftlichen Folgen dieses Stillstands: Verzögerte Investitionen, ausbleibende Unternehmensansiedlungen und Umgehungsstrategien sind längst Realität. Während im Bund klare Verantwortung sichtbar ist, verliert Niedersachsen durch interne Grabenkämpfe zunehmend an Anschluss.

Deshalb fordere ich Ministerpräsident Stephan Weil und Wirtschaftsminister Olaf Lies auf, endlich politische Führung zu zeigen: „Bringen Sie Ihre Koalition in Reihe. Wer in Niedersachsen regiert, regiert für das ganze Land – nicht für den Applaus einzelner Parteitage. Denn ein Land, das sich selbst blockiert, wird irgendwann überholt. Und das nicht nur auf der Autobahn.“

Holsten: Die dramatische Lage unserer niedersächsischen Krankenhäuser erkennt die Landesregierung - Zum Handeln treibt das unseren Gesundheitsminister aber leider nicht

CDU-Gesundheitspolitiker Eike Holsten fordert angesichts der angespannten Lage in den niedersächsischen Krankenhäusern ein schnelles Handeln der Landesregierung. „Jedes zweite Haus sieht sich noch vor Inkrafttreten des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes in seiner Existenz bedroht“, so Holsten. Die CDU-Fraktion hat deshalb die Bereitstellung von 300 Millionen Euro als Landes-Sonderzahlung beantragt, um inflationsbedingte Betriebskostensenkungen der Jahre 2022 und 2023 zu überbrücken.

„Die Summe ist realistisch – Minister Philippi selbst hat sie ins Gespräch gebracht. Die Rücklage

des Landes bietet den nötigen Spielraum“, betont Holsten. Die CDU sieht darin eine kurzfristige und unbürokratische Hilfe, bis die angekündigten Bundesmittel greifen.

Kritik äußerte Holsten an der Passivität der Landesregierung. Während in den Ausschüssen das Problem eingeräumt werde, bleibe konkretes Handeln aus. „Die Innenministerin empfiehlt den Kommunen, sich für ihre Kliniken zu verschulden. Das ist ein Affront. Allein die kommunalen Häuser haben ein Defizit von 700 Millionen Euro“, so Holsten. Auch wenn der Koalitionsvertrag der Bundesregierung einige Fort-



schritte enthalte, fehlen laut Holsten zentrale Zusagen: „Die Schließung der Betriebskostensenkung ist nicht enthalten, ebenso wenig konkrete Regelungen zur Vorhaltevergütung.“

Holsten warnt: „Wenn das Land jetzt nicht handelt, drohen weitere Insolvenzen. Die Kliniken brauchen finanzielle Mittel und Planungssicherheit – nicht irgendwann, sondern jetzt.“

Buschmann: Niedersachsen braucht keine Misstrauenskultur, sondern Rückhalt für unsere Polizei

Die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Saskia Buschmann, hat sich in einer aktuellen Plenarrede mit klaren Worten gegen die Einführung eines Polizeibeauftragten in Niedersachsen ausgesprochen. In einer eindringlichen Stellungnahme warf sie der rot-grünen Landesregierung vor, ein funktionierendes System unter Generalverdacht zu stellen und damit das Vertrauen in die Polizei wie auch in den Staat selbst zu untergraben.

„Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten tagtäglich – oft unter Einsatz ihres Lebens – hervorragende Arbeit für den Schutz unserer Gesellschaft. Wer in dieser Situation einen Beauftragten zur Kontrolle installiert, sendet ein fatales Signal: Misstrauen statt Rückhalt, Kontrolle

statt Wertschätzung“, so Buschmann.

Die CDU-Abgeordnete verwies auf aktuelle Zahlen: Laut einer Forsa-Umfrage genießen Polizistinnen und Polizisten mit 81 Prozent das höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Demgegenüber stünden gerade einmal 177 verhaltensbezogene Beschwerden bei über 19.000 Beamtinnen und Beamten – ein Anteil von weniger als einem Prozent. „Das zeigt: Unsere Kontrollmechanismen funktionieren. Wir brauchen keine zusätzlichen Schreibtischposten, sondern mehr starke Schultern in Uniform“, betonte Buschmann. Scharfe Kritik richtete sie insbesondere an die Grünen, die in der Debatte von strukturellem Rassismus in der Polizei sprechen: „Wir sprechen von Recht und Pflicht



– unabhängig von Herkunft, Religion oder Aussehen. Sie diffamieren, wir verteidigen.“

Die CDU-Fraktion stehe fest an der Seite der Polizei und werde sich weiterhin für eine starke, handlungsfähige und vertrauenswürdige Sicherheitsstruktur in Niedersachsen einsetzen. „Ein besseres Niedersachsen ist machbar – mit Mut, mit Haltung und mit Vertrauen“, schloss Buschmann.

Hilbers: Die NBank war ein Erfolgsmodell – jetzt braucht sie ein Update für die Herausforderungen unserer Zeit

Nach dem über 20-jährigen Bestehen der NBank fordert der CDU-Landtagsabgeordnete und ehemalige Finanzminister Reinhold Hilbers eine umfassende Weiterentwicklung der niedersächsischen Förderbank. „Die Gründung der NBank war ein echter Meilenstein. Sie hat die Förderlandschaft modernisiert, die Verwaltungsreform begleitet und ist heute ein verlässlicher Partner für Kommunen, Mittelstand, Handwerk und Institutionen“, so Hilbers. Jetzt brauche es jedoch einen entschlossenen Schritt nach vorn: „Wir wollen die NBank zur echten Investitions- und Förderbank ausbauen – nach dem Vorbild von Bayern und Schleswig-Holstein.“



Die NBank sei aus der Verwaltungsreform Anfang der 2000er-Jahre hervorgegangen – ein Reformprojekt, das von Christian Wulff, Walter Hirche und Hartmut Möllring entscheidend geprägt wurde. Mit der Abschaffung der Bezirksregierungen und der Neuordnung staatlicher Aufgaben habe man die Wirtschaftsförderung neu aufgestellt und modernisiert.

„Die NBank hat sich seitdem bewährt“, betont Hilbers. „Jetzt gilt es sie weiterzuentwickeln und auf die neuen Themen wie Digitalisierung, Dekarbonisierung, Künstliche Intelligenz und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Das erfordert jetzt neue Impulse

Deshalb legt die CDU-Fraktion ein Eckpunktepapier für eine echte Reform vor:

1. Ausbau zur echten Bank
2. NBank-Gesetz
3. Stärkung des Eigenkapitals
4. Reform der Förderprogramme
5. Bündelung der Förderung

Hilbers kritisiert, dass die rot-grüne Landesregierung in den letzten zwei Jahren keine spürbaren Impulse zur Weiterentwicklung der NBank gesetzt habe – obwohl sowohl der Landesrechnungshof als auch die Bank selbst Reformvorschläge unterbreitet hätten. „Es ist Zeit, zu handeln. Die NBank braucht ein Update – nicht aus Prinzip, sondern weil es die Herausforderungen unserer Zeit verlangen. Wir setzen auf Eigenverantwortung, Innovation und ein starkes Zusammenspiel von Staat und Privatwirtschaft.“

Der Monat in Bildern

Politik und Spargel in Kirchdorf



EU Projekttag an der Oberschule in Rehden



Einweihung der Geschichts- und Erinnerungstafel auf der Kriegsgräberstätte in Wetschen



Gedenktag an die Eheleute Irmgard und Dr. Jürgen Ulderup



Gespräch zur Zukunft des Tourismus Serengeti Park



Der Monat in Bildern



Besuch der Ausstellung
Salonportraits



Mitgliederversammlung der
Kreishandwerkerschaft in
Gifhorn



Runder Tisch zur
Bahnstreckenreaktivierung
Rheine – Spelle



Besucherguppe aus Barnstorf
(Christian-Hülsmeier-Schule)